



Informationen der Aktionseinheit Nr. 12

Was in der Öffentlichkeit verschwiegen oder heruntergespielt wird:

- ✦ **Lehrstellenangebot 1975 wieder um 5% gesunken.**
- ✦ **In diesem Jahr: Tausend jugendliche Arbeitslose in Hamburg.**
- ✦ **Neues Schulgesetz des Senats soll den Numerus Clausus (Zulassungsbeschränkung) an den Schulen einführen, aber:**
 - ✦ **Der NC nach den 10. Klassen wird jetzt schon praktiziert.**
 - ✦ **1000 Lehrer und Erzieher werden ab 1.2. arbeitslos, Lehrbeauftragte werden zu hunderten gekündigt.**
 - ✦ **380 VA-Lehrer werden von den Gymnasien abgezogen.**
 - ✦ **220 Angehörige des Öffentlichen Dienstes stehen für ein Berufsverbot auf der Abschlußliste.**
 - ✦ **Der ASTA der Universität soll einen Maulkorb verpaßt bekommen (Verbot des politischen Mandats).**
 - ✦ **Leistungsterror und Existenzbedrohung treiben Arbeitslose, Schüler und Referendare zu Verzweiflungstaten.**

**ORGANISIERE DEN WIDERSTAND!
FÜHRT PROTESTAKTIONEN DURCH!**

Für eine Demonstration aller Auszubildenden

Während es noch im letzten Sommer massiven Widerstand von Schülern und Eltern gegen die "Sparpolitik" des Senats gegeben hatte, ist die Bewegung im Herbst und Winter deutlich zurückgegangen. Senat und bürgerliche Presse haben gemeinsam nichts unversucht gelassen, um die aufgebrachten Proteste zu beschwichtigen und die Mißstände zu beschönigen oder herunterzuspielen. Mit dem Mittel des Antikommunismus wurden die aktiven Schüler- und Elternvertreter bekämpft.

Jetzt zeigt sich unübersehbar, daß Kapitlaisten, Staat und die bürgerlichen Parteien nur beabsichtigt hatten, weitere Generalangriffe in die Wege zu leiten:

- Die Jugendarbeitslosigkeit wird in diesem Jahr erstmals katastrophale Ausmaße annehmen (6000 bis 7000 Lehrstellen fehlen für die zwei Schübe von Schulabgängern in diesem Jahr).
- Von 1400 Lehrern mit 1. Staatsexamen werden nur noch die Hälfte ans Studienseminar (Referendariat) übernommen. Mindestens 150 fertig ausgebildete Referendare werden arbeitslos, die anderen bekommen fast alle nur eine halbe Stelle.
- Die Einführung des Numerus Clausus an den Schulen steht vor der Tür.

Darum ist es jetzt erst recht notwendig, zu breiten Protestaktionen zu kommen und eine gemeinsame Kampffront der Arbeiterjugend und der fortschrittlichen Schüler, Studenten, Lehrer und Eltern aufzubauen. Deshalb haben wir uns schon Ende des letzten Jahres für eine Massendemonstration des DGB und aller fortschrittlichen Kräfte ausgesprochen.

Während die DGB-Führer bisher jedoch nur eine Diskussionsveranstaltung der DGB-Jugend am 30. 1. (die offenbar keinen besonders breiten Rahmen haben soll) und eine Fete am 13. 2. (veranstaltet von den "Koko"-Verbänden) "genehmigt" haben, konn-

te die Forderung nach einem gemeinsamen kämpferischen Vorgehen in einer Demonstration inzwischen auf Berufsschülerversammlungen und auf der Uni-VV verankert werden

Wir meinen, daß die Entscheidung über dringend notwendige Kampfmaßnahmen nicht den DGB-Vorstandstischen überlassen werden darf, sondern bei den Betroffenen selbst liegen muß. Wenn die DGB-Führer sich kaltblütig über die Lage der Arbeitslosen, der Schüler, Lehrlinge und Studenten hinwegsetzen und eine Demonstration "überflüssig" finden, beweist das nur einmal mehr, daß wir die Sache selbst in die Hand nehmen müssen. Deshalb rufen wir alle Hamburger Schüler-, Jugend- und Studentenvertretungen auf, zu unserer nächsten



Vollversammlung
Sonnabend 31. 1.
14⁰⁰ Uhr Studentenwohnheim
Hagenbeckstraße

zu kommen, um geeignete Schritte für das Zustandekommen und die Durchführung der Demonstration zu diskutieren und zu beschließen.

Dabei ist es nach wie vor klar, daß wir nur erfolgreich sein können, wenn eine Aktionseinheit aller fortschrittlichen Kräfte hergestellt wird, d. h. gemeinsames, gleichberechtigtes und solidarisches Vorgehen statt spalterischer und organisationsbornierter Unvereinbarkeitspolitik.

GEGEN DIE REAKTIONÄRE
JUGEND - UND BILDUNGSPOLITIK
VON STAAT UND KAPITALISTEN-
KLASSE !

GEGEN DEN ABBAU DER DEMO-
KRATISCHEN RECHTE-
AKTIONSEINHEIT VON DEMOKRA-
TEN UND KOMMUNISTEN !

Streik und Demonstration der Studenten

Gegen ein vom Hochschulamt gestelltes Ultimatum, womit der ASTa gezwungen werden soll, auf das Politische Mandat zu verzichten, streikten am 15. und 16. Januar die Studenten der Uni. Am 16. 1. wurde eine Demonstration durchgeführt, an der sich ca. 4-5 000 Studenten beteiligten.

Der Streik war auf einer Uni-Vollversammlung am 14. 1. von ca. 3500 Anwesenden einstimmig beschlossen worden. In einer weiteren Abstimmung wurde mit ca. 1900 gegen 1500 Stimmen auf Vorschlag verschiedener FSRäte, des SSB und des BDJ entschieden, daß der Streik an den wichtigsten und kampfstärksten Bereichen als Vollstreik organisiert werden sollte. D. h., daß statt der sattsam bekannten - von MSB/SHB auch diesmal wieder vorgeschlagenen - "Aktionstage" (verstärktes Diskutieren in den Semi-

nares) diesmal von vornherein alle Lehrveranstaltungen ausfallen sollten.

An den nächsten zwei Tagen fiel dann an ca. zwei Dritteln der Uni der Lehrbetrieb vollständig aus, sei es, daß er von vornherein verhindert wurde (wie z. B. am PI), sei es, daß er nachträglich "gestört" wurde, oder daß die Lehrveranstaltungen in Diskussionsveranstaltungen umgewandelt wurden.

Ein weiterer Erfolg für den einheitlichen Kampf der fortschrittlichen Studenten war die Demonstration, denn die Uni-VV hatte ausdrücklich beschlossen, daß sie gleichberechtigt von den FSRäten und dem ASTa organisiert werden sollte. So mußten MSB und SHB darauf verzichten, auf der Demo allein ihre politische Linie gelten zu lassen. Auf der Abschlusssitzung sprach neben dem ASTa auch ein Vertreter des FSR-

PI, der in der AE mitarbeitet.

Auf einer weiteren Uni-VV am 21. 1. konnte sich wieder der ASTa (MSB/SHB) mit dem Vorschlag einer Urabstimmung durchsetzen (ca. 1300 zu 1000 Stimmen). Die Urabstimmung soll ein Votum für die gesetzliche Verankerung des politischen Mandats bringen. Die Linken hatten sich gegen dieses Vorgehen ausgesprochen, da eine ähnliche Urabstimmung schon vor einem Jahr nichts gebracht hat, und der ASTa Illusionen verbreitet, was durch den Gang zur Urne alles erreicht werden könnte. Immerhin wurde aber auf Initiative der linken FSRäte und des SSB (vom ASTa übernommen) auch beschlossen, sich an den DGB und alle fortschrittlichen Kräfte zu wenden, um eine Massendemonstration aller Auszubildenden zu organisieren.

Streik an der FOS/HS Uferstraße

Am Montag, 19. 1. kamen Vertreter vom ASTa der Fachschule für Sozialpädagogik (FSP 1 und 2) in den Schülerrat der Uferstraße und berichteten, daß sie in ihren Schulen am Dienstag einen einstündigen Warnstreik gegen ein Berufsverbot einer Schülerin, die sich als Kindergärtnerin beworben hat, durchführen wollten. Unser Schülerrat wurde aufgefordert, eine Solidaritätserklärung abzugeben. Das fanden einige Schüler zu wenig. Deshalb sind sie in ihre Klassen zurückgegangen und haben in den drei FOS-Klassen beschlossen, sich am Streik zu beteiligen. Am nächsten Morgen fand eine FOS-VV statt. Der Streik für die FOS wurde beschlossen. Auf Vorschlag der

"Gruppe demokratischer Schüler" wurde beschlossen, die ebenfalls an der



Schule anwesenden Haushaltsschülerinnen auch zum Streik aufzufordern. Die

MSB-Schulsprecher wollten ohne die HS streiken, weil die HS-Schülerinnen nicht mitmachen würden. Daraufhin ging eine Gruppe von Schülern durch die HS-Klassen, um diese aufzufordern, sich am Streik zu beteiligen. Sie führten gleich mit 50 HS-Schülerinnen eine Pausenversammlung durch. Direkt am Streik haben sich dann ca. 100 beteiligt.

Der Streik wurde allgemein als Erfolg angesehen, da es sich gezeigt hat, daß es eine sehr große Anzahl von Schülern gibt, die sofort bereit sind, gegen politische Disziplinierung ihrer Mitschüler (in diesem Fall das Berufsverbot) aufzutreten, auch mit massiven Kampfmitteln.

383 VR-Lehrer sollen verschoben werden!

Die Schulbehörde hat beschlossen, 383 ausgebildete VR-Lehrer, die an Gymnasien unterrichten, wieder rückzusetzen. 70 davon sollen jetzt schon zum 1. 2. fällig sein. Dadurch verlieren z. B. Klassenlehrer, außerdem ist diese Maßnahme sehr hart für die betroffenen Lehrer.

Heidelberg-Gymnasium Langenhorn ...

Die Klassen 5a, 5d und 5e sollen ihren Klassenlehrer verlieren. Die Eltern der 5d protestierten dagegen in einem Schreiben an Landesschulrat Neckel.

Weitere Elternproteste...

Impressum:

Herausgeber: "Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik des Senats" ein Zusammenschluß aus ca. 90 verschiedenen Jugend-Schüler und Studentenvertretungen bzw. -initiativen und verschiedenen demokratischen und kommunistischen Organisationen

Presserechtlich verantwortlich: Heinrich Eckhoff,
Druck: Hein+Co Erscheinungdatum: 27. 1. 76

Curschmannstraße ...

Von der Curschmannstr. in Eppendorf sollen 9 VR-Lehrer versetzt werden. Einer schon jetzt am 1. 2., der Rest im Herbst 76 oder im Februar 77. Kaum war dies bekannt, gab es große Empörung unter den Schülern. Die Stufensprecher des 1. Semesters beriefen für den nächsten Tag sofort eine Stufenvollversammlung ein, das ganze 3. Semester schloß sich uns an. Am nächsten Tag war dann die Aula knackvoll, denn weitere Schüler waren erschienen: eine 5. Klasse (des betroffenen Lehrers), zwei 10., das gesamt

gab es am Luisengymnasium (Bergedorf), Gymnasium Göhlbachtal (Harburg) und am Hohenzollerngymnasium (Altona) (nach "Hamburger Abend-

3. Semester. Außerdem erschienen einige der betroffenen Lehrer und ihre Kollegen (von der GEW). Es ging diszipliniert zu, weil großes Interesse bestand. Die Zusammenhänge zur Sparpolitik wurden diskutiert und eine Schulvollversammlung für Montag beschlossen. Die Stimmung unter den Schülern war so kämpferisch, daß die Direktorin es nicht wagte, uns die Vollversammlung zu verbieten, was sie sonst tut. Wahrscheinlich wird die Curschmannstr. eine Demonstration wegen dieser Sache machen.

blatt", 24. 1.). Am Gymnasium Lohmühle wurde eine Unterschriftensammlung gegen eine Versetzung durchgeführt.

Kampf dem geplanten neuen Schulgesetz

In Hamburg hat die Schulbehörde einen Entwurf für ein neues Schulgesetz verfaßt, der der Öffentlichkeit noch verheimlicht wird. Bekannt geworden ist aber, daß dieses Gesetz die Einführung von Zulassungsbeschränkungen für alle Schüler, die die allgemeine Schulpflicht absolviert haben, juristisch ermöglichen soll. Das heißt: NUMERUS CLAUSUS NACH DER 10. KLASSE am Gymnasium und im Zweiten Bildungsweg! Auf diese Weise soll der NC von den Hochschulen an die Schulen vorverlagert werden - also eine noch frühere und noch schär-

fere Auslese. Hamburg soll dabei wieder den Vorreiter für die ganze BRD spielen. Aber bereits jetzt - bevor noch die Auseinandersetzungen um das neue Gesetz begonnen haben - wird der NC tatsächlich schon praktiziert: Für die Fachoberschulen ist eine Zulassungsordnung erlassen worden. An den Gymnasien wird durch eine unwahrscheinliche Steigerung des Leistungs- und Notenterrors in der 10. Klasse versucht, "Fakten zu schaffen". So wird von zahlreichen Gymnasien berichtet, daß die Zahl von

"Sitzenbleibern" durch bewußt verschärftes Zensieren sprunghaft in die Höhe getrieben wird (dabei handelt es sich oft um 20-25%!). Durch Einschüchterung wird versucht, "schlechte" Schüler zum Aufgeben zu bringen, z. B. daß sie sich für weiterführende Ausbildungsgänge gar nicht erst bewerben. Gegen dieses Schulgesetz, das eine krasse Verschlechterung der Bildungschancen mit sich bringen würde, muß von Anfang an eine Kampffront der fortschrittlichen Schüler, Eltern und Lehrer auf gebaut werden.

„Priorität Berufsbildung: Der Lack ist ab!“

Unter diesem Motto fand am 8. 1. ein Diskussionstreffen statt, zu dem Schülervertreter verschiedener Berufsschulen eingeladen hatten. Thema: Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenverknappung; zunehmende Verschlechterung der Berufsausbildung wie z. B.: NC am Zweiten Bildungsweg, Zeugnisterror an den Berufsschulen, Streichung von Lehrbeauftragten, Klassenzusammenlegungen etc. Am Ende wurde einstimmig eine Resolution verabschiedet, in der u. a. der DGB aufgefordert wurde, dagegen eine Demonstration durchzuführen, anderenfalls werde man diese selber organisieren. Auf einem zweiten Treffen am 22. 1. wurde außerdem beschlossen, eine Veranstaltung für Lehrlinge und jugendliche Arbeitslose am 7. 2. durchzuführen.

DGB - DISKUSSIONSVERANSTALTUNG über Berufsausbildung
FRITAG, 30. 1. 76 19. 30 Uhr Gewerkschaftshaus Besenbinderhof
Wir fordern besonders alle Lehrlinge auf, hinzugehen und dort auch vom DGB die Durchführung einer Demonstration zu fordern.

"UNS REICHT'S!" - VERANSTALTUNG VON BERUFSSCHÜLERRÄTEN für Lehrlinge, jugendliche Arbeitslose und Gewerbelehrer.
DISKUSSION, FILM ("Welturaufführung" über Berufsschulkampf an G 1 und G 10/16), MUSIK (Schraubstock)
Fete, Essen, Trinken.

SAMSTAG, 7. 2. 76 Martin-Luther-King-Haus (ESG), 2 HH 13, Grindelallee 9 (Nähe Dammtor-Bahnhof)
16. 30 Uhr Diskussion und Film
19. 30 Uhr Fete

Jugendvertreterwahlen: IG - Metall - Führung auf Spalter Kurs

Im Mai/Juni dieses Jahres finden in den meisten westdeutschen Betrieben wieder die Jugendvertreterwahlen statt. Dazu schickte der Vorstand der IGM in Frankfurt Anfang des Jahres ein Rundschreiben an die Vorsitzenden der Betriebsräte, Vertrauensleutekörper und Jugendvertretungen.

In diesem 7-seitigen Rundschreiben heißt es gleich zu Beginn:
"Es ist notwendig, diese Wahlen ebenso sorgfältig vorzubereiten wie die Betriebsrätewahlen. In diesem Zusammenhang muß auch beachtet werden, daß vermutlich wieder generische Organisationen und politische Splittergruppen versuchen, über die Jugendvertreterwahl Einfluß auf die arbeitende Jugend im Betrieb auszuüben.
Wir bitten deshalb alle Betriebsräte und Vertrauensleutekörper, aktiv bei der Vorbereitung und Durchführung der Jugendvertreterwahl mitzuwirken."

Weiter hinten heißt es:
"Nach unseren Richtlinien für die Vertrauensleutearbeit hat der Vertrauenskörper unter anderem folgende Aufgaben:

-unter Leitung der Ortsverwaltung den Wahlvorschlag der IG-Metall zur Wahl der Jugendvertretung aufzustellen und zu beschließen" !!!
Mit anderen Worten planen die IGM-Führer offensichtlich bei den JV-Wahlen über die Kontrolle der Wahllisten eine linke Lehrlingsopposition auszuschalten.

Die Absicht der Gewerkschaftsführer bei den diesjährigen JV-Wahlen ist, den Lehrlingen die Vorstandslinie aufzuzwingen und oppositionelle Kollegen auf gesonderte Listen zu verdrängen, um ihnen dann wegen "gewerkschaftsschädigenden Verhaltens" Funktionsverbote bzw. Gewerkschaftsausschlüsse anzuhängen.

Die fortschrittlichen Jugendlichen müssen schon jetzt an die Vorbereitung der Wahlen gehen, um die Kandidatur kämpferischer Kollegen auf der offiziellen IGM-Listen durchzusetzen.

Nicht kaputt-machen lassen sondern zusammen halten!

Am 14. 1. 76 hat der 14-jährige Rainer H. in der Ellise-Averdick-Schule versucht, sich das Leben zu nehmen. Er liegt seitdem schwerverletzt im Krankenhaus.

Rainer ist Schüler der 7 b. Er ist bereits einmal sitzengeblieben und ist auch diesmal wieder von Nichtversetzung bedroht, was den zwangsweisen Abgang von der Schule bedeuten würde. Am 14. 1. 76 hatte er gerade eine 6 in einer Lateinarbeit zurückbekommen. Mitten in der großen Pause stand er plötzlich auf und stürzte sich aus dem Fenster. In widerlicher Weise schob die skrupellose Presse die Schuld den Eltern zu. "Die Eltern verlangten zu viel von ihrem Kind" (BILD, 15. 1.). Die Schulbehörde argumentiert ähnlich.

Die Verantwortlichen sind nicht die Eltern, sondern die sitzen im Staatsapparat. Es sind diejenigen, die den Schülern das Lernen durch Leistungsterror, NC usw. zur Hölle machen. Dort muß der Gegner gesucht werden.